Bundesrat **Drucksache 198/91**

09. 04. 91

Wi –

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 2. Oktober 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Fristablauf: 21. 05. 91

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 3 GG

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 127128 4. 91
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2,
Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0720-2946

198/91

Bundesrat **Drucksache 198/91**

09. 04. 91

WI –

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (423) – 651 09 – Ka 67/91

Bonn, den 9. April 1991

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Die Vorlage ist besonders eilbedürftig. Der wirtschaftliche Reformprozeß der CSFR in Richtung Marktwirtschaft befindet sich derzeit in einer besonders kritischen Phase. Zentrales Element der Reformbemühungen sind umfangreiche Privatisierungsvorhaben. Ein Erfolg dieser Bemühungen wird auch von einer ausreichenden Beteiligung ausländischer, d. h. auch deutscher Investoren abhängen. Das rasche Inkrafttreten des Gesetzentwurfs liegt deshalb im außen- wie im wirtschaftspolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland.

Der Gesetzentwurf ist von dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Kohl

Fristablauf: 21. 05. 91

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 3 GG

198/91

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 2. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 2. Oktober 1990 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage sowie dem Notenwechsel vom 10. Januar/13. Februar 1991 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll sowie der Notenwechsel vom 10. Januar/13. Februar 1991 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Dohoda mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o podpoře a vzájemné ochraně investic

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechische und Slowakische Föderative Republik –

in dem Wunsch, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für gegenseitige Kapitalanlagen zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz von Kapitalanlagen geeignet sind, alle Formen der wirtschaftlichen Initiative, insbesondere im Bereich der privaten unternehmerischen Tätigkeit zu stärken –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, die in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht angelegt werden, insbesondere:
   a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
   b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
   c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;
   d) Rechte des geistigen Eigentums wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, technische Verfahren, Know how und Goodwill;

Spolková republika Německo

a

Česká a Slovenská Federativní Republika

vedeny přáním prohloubit vzájemnou hospodářskou spolupráci,

v úsilí vytvořit příznivé podmínky pro vzájemné investice,

v poznání, že podpora a vzájemná ochrana investic slouží k posílení všech forem hospodářské iniciativy, zejména soukromé podnikatelské činnosti obou států,

dohodly se takto:

Článek 1

Pro účely této Dohody

1. Pojem „investice" zahrnuje veškeré majetkové hodnoty, vložené v souladu s vnitrostátním právním řádem, zejména:
   a) movitý a nemovitý majetek, jakož i ostatní věcná práva jako jsou hypotéky a zástavní práva;
   b) akcie a jiné druhy účastí na společnostech;
   c) pohledávky a nároky na peníze, jež byly vynaloženy na vytvoření hospodářských hodnot nebo pohledávky a nároky na plnění, jež má hospodářskou hodnotu a souvisí s investicí;
   d) práva z oblasti duševního vlastnictví, zejména autorská práva, patenty, spotřební vzory, průmyslové vzory a modely, známky, obchodní jména, technické postupy, know-how a goodwill;

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

3. bezeichnet der Begriff „Investor" eine natürliche Person mit ständigem Wohnsitz oder eine juristische Person mit Sitz im jeweiligen Geltungsbereich dieses Vertrags, die berechtigt ist, Kapitalanlagen zu tätigen.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Gebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen und Erträge daraus und im Fall ihrer Wiederanlage deren Erträge genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in oder ihrer Assoziierung mit einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Gebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Gebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

e) veřejnoprávní oprávnění včetně oprávnění k dobývání a těžbě přírodních zdrojů.

2. Pojem „výnosy" označuje jakékoli obnosy, které pocházejí z investice, jako jsou podíly na zisku, dividendy, úroky, licenční nebo jiné poplatky.

3. Pojem „investor" znamená fyzické osoby se stálým bydlištěm nebo právnické osoby se sídlem v okruhu působnosti této Dohody, jež jsou oprávněny jednat jako investoři.

Článek 2

1. Každá smluvní strana bude na svém území podle svých možností podporovat investice investorů druhé smluvní strany a povolovat tyto investice v souladu se svými právními předpisy. V každém případě bude poskytovat těmto investicím spravedlivé a rovné zacházení.

2. Žádná ze smluvních stran nebude na svém území jakkoli poškozovat svévolnými nebo diskriminačními opatřeními správu, řízení, používání nebo využití investic investorů druhé smluvní strany.

3. Investice a jejich výnosy jakož i reinvestice a výnosy z nich, požívají plné ochrany této Dohody.

Článek 3

1. Žádná smluvní strana nebude nakládat s investicemi investorů druhé smluvní strany nebo investicemi, na nichž se investoři druhé smluvní strany podílejí, na svém území méně příznivě než s investicemi vlastních investorů nebo s investicemi investorů třetích států.

2. Žádná smluvní strana nebude nakládat s investory druhé smluvní strany, pokud jde o jejich činnosti vztahující se k investicím na jejím území, méně příznivě než s vlastními investory nebo investory třetích států.

3. Toto jednání se nevztahuje na výhradní práva, která jedna smluvní strana poskytuje investorům třetích států s ohledem na jejich členství nebo přidružení k celní nebo hospodářské unii, společnému trhu nebo pásmu volného obchodu.

4. Jednání vyplývající z tohoto článku se nevztahuje na výhody, jež jedna smluvní strana poskytuje investorům třetích států na základě dohody o zamezení dvojího zdanění nebo jiných dohod týkajících se daňových otázek.

Článek 4

1. Investice investorů jedné smluvní strany požívají na území druhé smluvní strany plné ochrany a bezpečnosti.

2. Investice investorů jedné smluvní strany nesmějí být na území druhé smluvní strany vyvlastněny, znárodněny nebo podrženy jakémukoliv jinému opatření, jehož výsledek je stejný jako vyvlastnění nebo znárodnění, s výjimkou případů provedených ve veřejném zájmu a zaručující odškodnění. Odškodnění musí odpovídat hodnotě vyvlastněné investice bezprostředně před dobou, kdy skutečné nebo hrozící vyvlastnění, znárodnění nebo jiné podobné opatření bylo veřejně vyhlášeno. Odškodnění musí být vyplaceno bezodkladně a musí zahrnovat obvyklý bankovní úrok až do doby splatnosti; musí být skutečně zhodnotitelné a volně převoditelné. Opatření ke stanovení a výplatě odškodnění musí být provedeno vhodným způsobem nejpozději v době vyvlastnění, znárodnění nebo podobného opatření. Platnost vyvlastnění, znárodnění nebo podobného opatření a výše odškodnění musí být přezkoumatelné v řádném soudním řízení.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch bewaffnete Auseinandersetzungen, Staatsnotstand oder Aufruhr im Gebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;

b) der Erträge;

c) zur Rückzahlung von Darlehen im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c;

d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;

e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Der Transfer erfolgt unverzüglich zu dem am Tage des Transfers gültigen Wechselkurs.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Gebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in diese Rechte und Ansprüche des Rechtsvorgängers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gilt Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die von Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Gebiet seit dem 1. Januar 1950 vorgenommen worden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die beiden Vertragsparteien im Verhandlungsweg beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

3. S investory smluvní strany, jejichž investice utrpí na území druhé smluvní strany ztráty v důsledku ozbrojených konfliktů, výjimečného stavu nebo povstání, nebude zacházeno ve věci restituce, vyrovnání, náhrady škody nebo jiného narovnání méně příznivě než s vlastními investory. Takové platby musí být volně převoditelné.

4. Investoři jedné smluvní strany budou na území druhé smluvní strany požívat v případech zmíněných tímto článkem doložky nejvyšších výhod.

Článek 5

1. Každá smluvní strana zajistí investorům druhé smluvní strany volný převod plateb souvisejících s investicemi, zejména

a) kapitálu a dodatečných částek potřebných k udržování nebo rozšiřování investice;

b) výnosů;

c) splátek půjček ve smyslu článku 1, odstavce 1, písm. c);

d) výtěžku v případě úplné nebo částečné likvidace nebo prodeje investice;

e) odškodnění podle článku 4.

2. Převod se uskutečňuje bezodkladně kursem platným v den převodu.

Článek 6

Poskytne-li smluvní strana svým investorům platby na základě záruky za investice na území druhé smluvní strany, uzná tato druhá smluvní strana bez újmy práv vyplývajících pro první smluvní stranu z článku 9 převod všech práv nebo nároků těchto investorů v souladu se zákonem nebo na základě právního ujednání na první smluvní stranu. Druhá smluvní strana uzná rovněž vstup první smluvní strany do všech těchto práv nebo nároků právního předchůdce co do jejich základu a výše. Pro převod plateb z přenesených nároků platí článek 5.

Článek 7

1. Vyplyne-li z právních předpisů jedné smluvní strany nebo z mezinárodněprávních závazků, které platí mimo tuto smlouvu mezi smluvními stranami nebo budou platit v budoucnu, obecná nebo zvláštní úprava, která poskytuje investicím investorů druhé smluvní strany příznivější zacházení než tato Dohoda, pak tato úprava má přednost před touto Dohodou tou měrou, jakou je příznivější.

2. Každá smluvní strana dodrží každý jiný závazek, který převzala na svém území s ohledem na investice investorů druhé smluvní strany.

Článek 8

Tato Dohoda platí též pro investice uskutečněné investory jedné smluvní strany na území druhé smluvní strany, v souladu s právními předpisy druhé smluvní strany, po 1. lednu 1950.

Článek 9

1. Spory mezi smluvními stranami o výklad nebo použití této Dohody mají být pokud možno urovnány jednáním obou smluvních stran.

2. Nelze-li tímto způsobem spor odstranit, pak se na žádost jedné z obou smluvních stran musí věc předložit rozhodčímu soudu.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen schriftlich mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 9 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt, und daß, soweit die in Artikel 9 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird anerkannt und vollstreckt nach Maßgabe des Übereinkommens vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder für den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt 30 Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

3. Rozhodčí soud se zřizuje případ od případu tak, že každá smluvní strana určí jednoho člena a tito dva členové se dohodnou na předsedovi, příslušníku třetího státu, který musí být potvrzen oběma smluvními stranami. Členové musí být jmenováni během dvou měsíců, předseda během tří měsíců ode dne, kdy jedna smluvní strana sdělila písemně druhé smluvní straně, že hodlá předložit spor rozhodčímu soudu.

4. Pokud nebudou dodrženy lhůty uvedené v odstavci 3, může při nedostatku jiné dohody požádat každá smluvní strana předsedu Mezinárodního soudního dvora, aby provedl potřebná jmenování.

5. Rozhodčí soud rozhoduje většinou hlasů. Jeho rozhodnutí jsou závazná. Každá smluvní strana hradí výlohy jí jmenovaného člena a svého zastoupení v řízení před rozhodčím soudem; výlohy předsedy a ostatní výlohy budou hrazeny oběma smluvními stranami stejným dílem. Rozhodčí soud může určit jinou úpravu výloh. V ostatním upravuje rozhodčí soud své řízení sám.

Článek 10

1. Spory týkající se investic mezi jednou smluvní stranou a investorem druhé smluvní strany mají být pokud možno mezi stranami ve sporu vyřešeny přátelsky.

2. Nemůže-li být spor vyřešen ve lhůtě 6 měsíců ode dne jeho oznámení jednou stranou ve sporu, bude předložen na žádost investora druhé smluvní strany rozhodčímu soudu. Pokud se strany ve sporu nedohodnou jinak, používají se ustanovení článku 9 odstavce 3 až 5 přiměřeně s tím, že jmenování členů rozhodčího soudu se uskuteční podle článku 9 odstavce 3 a v případě, že nebudou dodrženy lhůty uvedené v článku 9 odstavci 3, každá strana ve sporu může požádat předsedu rozhodčího soudu Obchodní komory ve Stockholmu, aby provedl potřebná jmenování. To platí za předpokladu, že mezi stranami ve sporu neplatí jiné ujednání. Rozhodčí výrok bude uznán a vykonán podle Úmluvy o uznávání a výkonu cizích rozhodčích nálezů (New York, 10. června 1958).

3. Strana ve sporu nebude v průběhu rozhodčího řízení nebo při výkonu rozhodčího výroku namítat, že investor druhé smluvní strany obdržel náhradu části nebo celé škody z titulu pojištění.

Článek 11

Tato Dohoda platí bez ohledu na to, zda jsou mezi smluvními stranami navázány diplomatické a konzulární styky.

Článek 12

Podle Čtyřstranné dohody ze 3. září 1971 bude tato Dohoda v souladu se stanovenými postupy rozšířena na Berlín (Západní).

Článek 13

1. Tato Dohoda podléhá ratifikaci; ratifikační listiny budou vyměněny co nejdříve v Bonnu.

2. Tato Dohoda vstoupí v platnost za třicet dnů po výměně ratifikačních listin. Bude platit po dobu deseti let; poté bude její platnost prodloužena na neurčito, pokud nebude písemně vypovězena jednou ze smluvních stran ve lhůtě 12 měsíců před koncem platnosti. Po uplynutí deseti let může být tato Dohoda kdykoli vypovězena ve lhůtě dvanácti měsíců.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

3. Pro investice uskutečněné před ukončením platnosti této Dohody platí ustanovení článků 1–12 dalších patnáct let ode dne skončení její platnosti.

Geschehen zu Prag am 2. Oktober 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dáno v Praze dne 2. října 1990 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Hermann Huber

Für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik
Za Českou a Slovenskou Federativní Republiku
Václav Klaus

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Vertrags sind:

(1) Zu Artikel 1

Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Ansprüche auf Geld umfassen Ansprüche aus Darlehen, die im Zusammenhang mit einer Beteiligung stehen und nach Zweck und Umfang den Charakter einer Beteiligung haben (beteiligungsähnliche Darlehen). Hierunter fallen nicht Kredite von dritter Seite, z. B. Bankkredite zu kommerziellen Bedingungen.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

a) Als „Betätigung" im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere die Verwaltung, die Verwendung und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 sind insbesondere anzusehen: Einschränkungen beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, Behinderungen beim Absatz der Erzeugnisse, bei dem Zugang zu Krediten und in- und ausländischen Zahlungsmitteln sowie Beschränkungen bei der Beschäftigung von Personal und sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.

b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.

c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Der Investor hat auch Anspruch auf Entschädigung, wenn durch Maßnahmen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 in das Unternehmen, an dem er beteiligt ist, eingegriffen und dadurch seine Kapitalanlage beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

a) Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur

Protokol

Při podpisu Dohody mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o podpoře a vzájemné ochraně investic se podepsaní zplnomocněnci dohodli na tomto ujednání, které je nedílnou součástí Dohody.

(1) K článku 1

Pohledávky a nároky na peníze uvedené v odstavci 1 písmena c) zahrnují pohledávky a nároky z půjček, které souvisejí s účastí a podle významu a rozsahu mají charakter účasti (půjčky, které jsou podobné účasti). Nespadají sem úvěry třetí strany, např. bankovní úvěry podle obchodních podmínek.

(2) K článku 2

Dohoda platí též na území výlučné hospodářské zóny a kontinentálního šelfu, pokud mezinárodní právo kterékoli smluvní strany dovoluje v těchto oblastech výkon suverénních práv nebo výsostných oprávnění.

(3) K článku 3

a) Za „činnost" ve smyslu článku 3 je nutno považovat zejména správu, použití a využití investice. Za „méně příznivé" zacházení ve smyslu článku 3 je nutno považovat zejména: omezení odběru surovin a pomocného materiálu, energie a paliv, jakož i výrobních a provozních prostředků všeho druhu, ztěžování odbytu výrobků a přístupu k úvěrům, k tuzemským a zahraničním platebním prostředkům, jakož i omezení při zaměstnávání personálu a jiná opatření s podobným účinkem. Opatření, která je nutno učinit z důvodů veřejné bezpečnosti a pořádku, národního zdraví nebo mravnosti, neplatí za „méně příznivé" zacházení ve smyslu článku 3.

b) Ustanovení článku 3 nezavazují smluvní stranu poskytnout investorům na území druhé smluvní strany daňové výhody, výjimky a úlevy, jež jsou podle daňových předpisů zaručeny jen investorům se sídlem na území této smluvní strany.

c) Smluvní strany budou v rámci svého vnitrostátního právního řádu benevolentně posuzovat žádosti o vstup a pobyt osob druhé smluvní strany, jež si přejí v bezprostřední souvislosti s investicí vstoupit na území druhé smluvní strany; totéž platí pro zaměstnance jedné smluvní strany, kteří si v bezprostřední souvislosti s investicí přejí vstoupit na území druhé smluvní strany a zdržovat se zde za účelem výkonu zaměstnání. Také žádosti o udělení pracovního povolení budou posuzovány benevolentně.

(4) K článku 4

Investor má rovněž nárok na náhradu, dojde-li opatřením uvedeným v článku 4 odstavci 2 k zásahu do podniku, na němž se podílí, a tím byla jeho investice poškozena.

(5) K článku 5

a) Převod „bezodkladně" ve smyslu článku 4 odstavci 2 a článku 5 odstavci 2 je převod učiněný v době obvyklé požadované pro přihlédnutí k možnostem spojeným

Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

b) Der gültige Wechselkurs im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 soll dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds im Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Geschehen zu Prag am 2. Oktober 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

s převodem. Tato doba začíná dnem, kdy byla předložena příslušná žádost a v žádném případě nesmí překročit dobu 2 měsíců.

b) Platný kurs ve smyslu článku 5 odstavci 2 má odpovídat křížovému kursu (cross rate) vyplývajícímu z kursů, které by vzal Mezinárodní měnový fond v okamžiku platby za základ pro přepočty příslušných měn na zvláštní práva čerpání.

(6) Při přepravě zboží a osob uskutečňované v souvislosti s investicí nebude jedna smluvní strana bránit ani překážet přepravnímu podniku druhé smluvní strany, aby obdržel povolení k uskutečnění přepravy, pokud je povolení třeba.

Dáno v Praze dne 2. října 1990 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Hermann Huber

Für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik
Za Českou a Slovenskou Federativní Republiku
Václav Klaus

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Wi 410.20/13 - PR/ch

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland begrüßt das Föderale Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und bittet um Unterrichtung des Föderalen Ministeriums für Finanzen über folgenden Sachverhalt:

Im Rahmen der Vorbereitung des Ratifizierungsverfahrens hat sich herausgestellt, daß in der Protokollnotiz zu Artikel 5, Buchstabe a), des Vertrages infolge eines Versehens statt des Wortes „Transferförmlichkeiten" das Wort „Transfermöglichkeiten" benutzt wurde, obwohl sich aus dem Zusammenhang ergibt, daß das Wort „Transferförmlichkeiten" gemeint ist.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schlägt deswegen vor, daß die Protokollnotiz zu Artikel 5 Buchstabe a folgenden zutreffenden Wortlaut erhält:

In der deutschen Sprachfassung:

„Als ‚unverzüglich' durchgeführt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten".

In der tschechischen Sprachfassung:

„Převod ‚bezodkladné' ve smyslu článku 4 odst. 2 a článku 5 odst. 2 je převod učinený v dobé obvykle požadované pro přihlédnuti k formalitám spojeným s převodem. Tato doba začína dnem , kdy byla předložena příslušna žádost a v žádném případě nesmí překročit dobu 2 měsíců."

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wäre der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik dankbar, wenn sie dieser Berichtigung zustimmen und dies unter Wiederholung des berichtigten Wortlautes der Protokollnotiz zu Artikel 5, Buchstabe a), möglichst bald bestätigen könnte. Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wäre darüber hinaus dankbar, wenn in der Antwortnote der folgende Text enthalten wäre:

„Mit der Verbalnote Nr. 57/91 der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 10. 1. 1991 und dieser Antwortnote ist der Vertrag vom 2. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Wirkung vom Tage der Unterzeichnung, dem 2. Oktober 1990, berichtigt."

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, das Föderale Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Prag, den 10. Januar 1991

L. S.

An das

Föderale Ministerium
für Auswärtige Angelegenheiten
der Tschechischen und Slowakischen
Föderativen Republik
Prag

Föderales Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Az.: 77.380/91

Verbalnote

Das Föderale Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland als Antwort auf die Verbalnote Nr. 57/91 nach Übereinkunft mit den zuständigen staatlichen Organen der ČSFR mitzuteilen, daß die tschechoslowakische Seite mit der Berichtigung der Fassung des Protokolls zu dem am 2. Oktober 1990 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen einverstanden ist. In Punkt 5 zu Artikel 5 des Vertrags wird unter Buchstabe a anstelle des Worts „Transfermöglichkeiten" („možnostem") das Wort „Transferförmlichkeiten" („formalitám") verwendet. In der tschechischen Fassung ist es dann darüber hinaus noch angebracht, die Präposition „pro" („für") durch „s" („mit") zu ersetzten, d. h. daß die Bestimmung in folgender Textfassung der Föderalversammlung zur Verabschiedung vorgelegt wird:

„(5) Zu Artikel 5

a) Als ‚unverzüglich' durchgeführt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten."

Das Föderative Ministerium der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Prag, den 13. Februar 1991

L. S.

An die
Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Prag

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der deutsch-tschechoslowakische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag dient dem Ziel, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, indem er günstige Bedingungen für Kapitalanlagen schafft. Die Förderung und der Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen sind nach Auffassung beider Seiten zudem geeignet, die Wirtschaftsreform in der CSFR zu unterstützen. Durch entsprechende Investitionsgesetze hat die CSFR die Grundlage für ausländische Kapitalanlagen geschaffen. Der völkerrechtliche Vertrag gewährt den Kapitalanlagen darüber hinausgehend einen umfassenden und dauerhaften Rechtsschutz. Dadurch können deutsche Investitionen in der CSFR zusätzlich stimuliert werden.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der deutsch-tschechoslowakische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit anderen osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Sowjetunion, Polen) war.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 13 Artikeln und einem Protokoll.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage", „Erträge" und „Investor". Einbezogen werden alle Arten von Vermögenswerten, die gemäß der innerstaatlichen Gesetzgebung von Investoren aus dem anderen Vertragsstaat angelegt werden, sowie die Erträge hieraus. Investoren sind natürliche Personen mit ständigem Wohnsitz bzw. juristische Personen mit Sitz im jeweiligen Geltungsbereich des Vertrags.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren.

Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 3 a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch seine Kapitalanlage beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Der Transfer ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Nach Protokollnummer 5 darf dabei eine Frist von zwei Monaten nicht überschritten werden.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 8

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die nach dem 1. Januar 1950 in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 9

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 11

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 12

Artikel 12 enthält die früher übliche Berlinklausel, die seit dem 3. Oktober 1990 ohne Bedeutung ist.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere fünfzehn Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. So stellt Protokollnummer 1 zu Artikel 1 klar, daß die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c genannten „Ansprüche auf Geld" auf Ansprüche aus beteiligungsähnlichen Darlehen beschränkt sind, die nach Zweck und Umfang den Charakter einer Beteiligung haben. Neben weiteren Erläuterungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zum Notenwechsel

Mit dem Notenwechsel vom 10. Januar/13. Februar 1991 wird ein redaktioneller Fehler berichtigt, der zu einer sinnentstellenden Auslegung der Vorschrift führen könnte.

Bundesrat **Drucksache 198/91** **(Beschluß)**

17.05.91

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 630. Sitzung am 17. Mai 1991 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf Einwendungen nicht zu erheben.

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946